

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brühl'schen Universitäts- und Buch- und Steindruckerei.
H. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 61. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

195. Sitzung, Dienstag, den 20. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Richter, Raspat.

Präsident Dr. Baumbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr und erhebt die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Glückwünsche des Hauses überbringen zu lassen.

Kurze Anfrage.

Abg. Erzberger (Zentr.) stellt folgende Anfrage:

Am 28. November 1913 ist zu Berlin eine Vereinigung Berliner Schuhmacher gegründet worden mit dem satzungsgemäßen Zweck: Pflege einer konigstreuen Gesinnung, Pflege der Kameradschaft und Geselligkeit, Förderung des Standesangehens, Ehrung junger Jüdische, Erweisung der letzten Ehre für verdiente Kameraden, Hilfe für Witwen und Waisen. Die Behandlung politischer und dienstlicher Angelegenheiten war satzungsgemäß ausdrücklich ausgeschlossen. Am 2. Dezember verbot der Polizeipräsident v. Jagow sämtlichen Beamten der Schuhmacherschaft, Einladungen zu Versammlungen dieser Vereinigung zu erteilen oder sich an derartigen Versammlungen zu beteiligen. Auf das am 8. Dezember eingereichte Verbot um Genehmigung der Vereinsausführung erfolgte am 24. Dezember der Bescheid, daß die Genehmigung nicht erteilt wird. Gründe wurden nicht angegeben. Bereits unter dem 16. Dezember wurde der Vorsitzende der Vereinigung unter schwerer Schädigung seiner persönlichen Interessen gegen seinen Wunsch nach Freigabe verurteilt.

Was gedenkt der Reichsanwalt zu tun, um der im Reichsbereich durch den Berliner Schuhmacherverein garantierten Vereinsfreiheit gegenüber dieser Maßnahme preussischer Behörden Geltung zu verschaffen?

Rechtsrat Revald: Ich kann in dieser Angelegenheit, die ihrer Natur nach nicht dem Verein, sondern dem Beamtenrecht angeht, nur bemerken, daß die feineren Bestimmungen der damaligen Staatssekretäre des Reichsamt des Innern, dem sich auch die Reichsanwaltschaft angeschlossen hat. Unter diesen Umständen liegt für den Reichsanwalt kein Anlaß zum Einschreiten vor.

Abg. Erzberger (Zentr.) zur Ergänzung der Anfrage:

Es ist feinerzeit ausdrücklich erklärt worden, daß auch die Beamten Vereinsfreiheit genießen und weiter genießen sollen. Demgemäß sollen Vereine, deren Zweck dem Wesen des Beamtenstandes entspricht, nicht verboten werden. Ich frage an, ob der Herr Reichsanwalt diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen gedenkt?

Rechtsrat Revald: Ich würde empfehlen, diese Frage, da sie gerade der Tat des Reichsamt des Innern zur Sprache steht, im Rahmen der Staatsdebatte zur Sprache zu bringen. Meiner Antwort habe ich nichts hinzuzufügen.

Etat des Reichsamt des Innern.

(Dritter Tag.)

Abg. Krachig (Soz.):

Die Konserbativen scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein. An dem Ende auf dem Wege sind die Junker schuld. Von sozialpolitischem Gefühl ist in Unternehmertreuen nicht viel zu spüren. Sie denken etwa, wie Oberst von Reuter in Jägers, der Schlimmeren verhaften wollte und deshalb Gewalt anwandte. Die Revolution wird kommen, allerdings nicht die der roten Gewalt, die die Massen vor die Kadettengewehre führt. Die Reformen bleiben auf dem Papier, die Praxis der Schatzkammer macht sie vollkommen illusorisch. Die Terroristen übersteigen alle Grenzen. Gelassen werden in einem Umfang verhängt, daß sie geradezu gleichmäßig sind und einer Konfiskation des Lohnes gleichkommen. In der Textilindustrie sind diese Maßnahmen ganz besonders groß. Der Arbeiter ist rechtlos, der Unternehmer ist Mächtig und Vollstrecker in einer Person. Der Reichstag hat die Rechte gegen die Gewerkschaften einzuführen. Es ist nicht richtig, daß unsere Industrie durch die Belastung der Sozialpolitik konkurrenzunfähig gemacht wird. Viel schwerer fällt ihr die Belastung durch die Verteuerung der Rohstoffe durch die Zölle, die zugleich Leben und Gesundheit der Arbeiter vernichten. Die Junker sein gehalten werden, die vollkommen schuldlos sind. Sie sind kein werdendes, sondern nur belastendes Inventar in unserer Volkswirtschaft. (Lachen.) Die Freundschafterklärung, die Herr v. Reuter der Arbeitervereinsmacht machte, wird auch in christlichen Gewerkschaftskreisen sehr unangenehm berühren. Für die Landarbeiter will er kein Koalitionsrecht und schließt ihre Verhältnisse als ganz vorzüglich. Das erinnert an das alte Junkerwort von der Freizügigkeit mit dem Gassen daneben.

Die Lebensverhältnisse der Landarbeiters müssen ebenso gesetzlich geregelt werden, wie die der Industrie. Jetzt ist ihr Recht begründet in 44 Gesetzen, von denen einzelne an 200 Jahre alt sind, in einer Anzahl Polizeiverordnungen und Gesetzen empörenden Verträgen, die alle Rechte dem Herrn, alle Pflichten dem Knechte vorbehalten. Schwächere Personen werden ohne Erbarmen auf die Straße geworfen. Das ist schamlos gemein. Selbst die „Königliche Volkseigenung“ hat darauf hingewiesen, daß deutsche Bauernsöhne und Gutsinspektoren unter den weiblichen Sozialengpässen außer sittliche Verwüstungen anrichten. Die Amtsdirektoren lassen sich bimmelnde Mißbräuche aufbauen kommen. Die Arbeiter sind widerstandslos der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer ausgeliefert. Auf den Domänen geht man mit den Leuten um, als ob es Vieh wäre; so sagte mir ein größerer Bauer. Die Gutswirtschaften sind keine guten Wohnungen. Helfen Sie endlich den Landarbeitern zu einem besseren Los.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Als ich mich auf die Verhandlungen meines Staats in diesem Jahre vorbereitete, habe ich 197 Eingelassen beibringen lassen und selbst durchgearbeitet. Der geistige Wurm, daß wir uns nicht die geringste Mühe geben und uns um die Wünsche des Reichstags nicht kümmern, ist also ungerecht. Inzwischen sind noch 20 weitere Fragen hinzugekommen. Wenn ich versuchen werde, den roten Faden zu entwirren, der durch die bisherigen Debatten gegangen ist, so treten wesentlich zwei Fragen in den Vordergrund, nämlich: Was wird mit unserer Sozialpolitik? Und was wird mit unserer Wirtschaftspolitik? Ich behalte mir vor, das wichtige Thema der Wirtschaftspolitik in einer besonderen Rede zu behandeln.

Wir sind mit der Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. (Anruhe v. d. Soz. und Zentr.) Die Reichsversicherungsordnung hat eine erhebliche Ausdehnung unserer Versicherung gebracht. Die Ausführungen dieser neuen Bestimmungen sind noch nicht abgeschlossen, schon aus diesem Grunde verbietet es sich, in neue gesetzgeberische Aktionen einzutreten, ehe die bisherigen zu einem praktischen Abschluß im Reich geführt worden sind. Wir haben zu einem gewissen Abschluß gebracht die Krankenversicherungs-

ung, die Unfallversicherung, die Invaliditäts- und Altersversicherung. Eingetretene ist die Hinterbliebenenversicherung, die noch in der Durchführung begriffen ist und deren Erfolge wir noch nicht feststellen können.

Wir müssen uns klar sein, daß wie bei der Ausdehnung der Krankenversicherung annähernd bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen sind. (Sehr richtig!) Die Verhandlungen waren keineswegs oberflächlich und leichtfertig. Es ist vielleicht nie ein Gesetz so sorgsam vorbereitet worden wie der Teil, der die Krankenversicherung betrifft. Wir haben Kommissare durch das ganze Deutsche Reich geschickt um die Verhältnisse zu prüfen und der feindliche Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichsanwalt, und ich haben selbst die preussischen Provinzen bereist und die einschlägigen Fragen mit den Vertretern der Staats- und Kommunalbehörden, sowie mit anderen sachverständigen Leuten besprochen. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Zeit gekommen ist, um die Krankenversicherung auch auf den flachen Lande einzuführen. Die großen Schwierigkeiten haben wir vorausgesehen, aber wir sind überzeugt, daß wir ihnen Herr werden können, dank der großen Erfahrungen, die wir besitzen und bei einem guten Willen. Tatsächlich ist also die Frage der sozialpolitischen Versicherungen zu einem gewissen Abschluß gelangt. (Zuruf bei den Soz.: Arbeitslosenversicherung!)

Ueber die Arbeitslosenversicherung habe ich mich schon geäußert und damals erklärt, daß ich geradezu unabwendbare Schwierigkeiten entgegenstehe und daß sie im übrigen einen anderen Charakter trägt als die sonstigen Versicherungen. Der Kenntnis von der Tätigkeit im Reichsamt des Innern und in den Landesbehörden während der letzten zwei Jahre hat, der ich danken möchte, daß nicht Stillstand getreten ist, sondern mit fabelhafter Hast gearbeitet wurde, um alle Gesetze zu dem Zeitpunkt durchzuführen, den der Reichstag gewünscht und den wir konstatieren haben, obwohl wir uns der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt waren. Mit der Einführung der Versicherungsämter ist die Selbstverwaltung in das Gebiet der sozialpolitischen Versicherung eingeführt worden. Damit hat die Selbstverwaltung Bürgerrecht gewonnen in unserer Verwaltungsorganisation. Wir besitzen jetzt einen Etat von Beamten, der nicht bloß vorübergehend mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, sondern in viel höherem Maße eingearbeitet ist, als es bisher möglich war. Damit ist aber auch die Durchdringung des ganzen Volkes mit den sozialpolitischen Dingen durchgeführt, aus denen unsere Gesetze hervorgegangen sind. Ich unter solchen Umständen muß ich selbstverständlich, das haben wir alle vorausgesehen.

Die zweite Schwierigkeit richtet sich darauf, daß nicht genug zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter getan werde. Zugleich sei erinnert an eine ganze Reihe von Fortschritten auf organisatorischem Gebiet. Wir haben die Möglichkeit gegeben zum Erlaß von Verordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter auf Grund der allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Jetzt sind die Landesregierungen in der Lage eingetreten, wenn es der Bundesrat nicht tut, und jetzt können auch die Kreisgesundheitsämter eingreifen, wenn wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die Landesregierungen nicht Verordnungen erlassen können. Die Tätigkeit dieser mittleren und unteren Verwaltungsglieder wird gefördert dadurch, daß unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsamts die Grundzüge festgelegt sind, nach denen im einzelnen vorgegangen werden muß. Diese Arbeit bedeutet eine Verbesserung, denn sie ermöglicht es, überall da einzugreifen, wo eine generelle Regelung nicht verbietet. Wenn dazu noch erwähnt wird, daß neuerdings in Preußen die Gewerbeaufsichtsbeamten zu einem unmittelbaren polizeilichen Eingreifen befugt sind, so wird man zugunsten müssen, daß auch für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter unendlich viel geschieht, auch wenn keine Bundesratsverordnungen erlassen werden.

Was uns zu tun bleibt, ist nicht gesetzgeberische Arbeit — auf jedem Gebiet erschöpft sich ja einmal die Möglichkeit der Erlassung neuer Gesetze —, sondern Detailarbeit des einzelnen Beamten und der Behörden. Das ist auch einer der Fortschritte in den letzten drei Jahren. Wir haben geachtete Beamte, die Kenntnis und Verständnis zur Beurteilung sozialpolitischer Fragen haben. Diesen Erfolg möchte ich auch noch ausdrücklich hervorheben. Ueber den Wert und die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist in letzter Zeit auch abfällig gemeinelt worden. Keines Erachtens zu Unrecht. Der Abgeordnete Siehe hat im vergangenen Jahre angeregt, das Material über ihre Wirkungen zu sammeln. Ich bin dieser Anregung gern entgegengekommen, und die Denkschrift darüber wird in einiger Zeit Ihnen vorgelegt werden. Sie soll nicht einzelne Akzente, sondern unanfechtbare wissenschaftliche und statistische Grundlagen bieten. Endweilen verweise ich auf die beachtenswerte Schrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann.

Wenn wir ausblicken in die Sozialpolitik nicht vorwärtsdrängen, so hat das darin seinen Grund, daß sozialpolitische Probleme nicht vorliegen. Allerdings liegt ein solches auf dem Gebiete des Koalitionsrechts sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber. Die Koalition, die Organisation bezieht nicht nur ganzes öffentliches und wirtschaftliches Leben, beeinflusst nicht nur die Verhältnisse der Arbeiterschaft und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern hat tatsächlich die wirtschaftlichen Grundlagen verdrängt, auf denen sich unsere Volkswirtschaft bis vor kurzer Zeit praktisch und wissenschaftlich aufgebaut hat. Sie greift ein in die Frage einer Syndikatsorganisation, des Submissionswesens, der Monopolisierung der Industrie, des Kartells und der Verstaatlichung der Eisenwerke, in das Bestehen der Bundesstaaten, durch Vermehrung ihres Bestandes von Wäldern Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen. Alle diese Fragen sind auf denselben Boden gewachsen. Das freie Spiel der Kräfte ist weiter in der Theorie noch in der Praxis wirksam; an die Stelle der freien Konkurrenz der Unternehmungen ist der Kampf einiger weniger großer Organisationen getreten. (Sehr richtig!) Das greift über bis in unser Beamtenrecht, die Frage der Staatsbediensteten usw., und ich habe den Eindruck, daß jenes Problem uns in nächster Zeit eingehend beschäftigen und im Verwaltungsbereiche beschäftigen muß. Ueber das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Rechtsauffassung der verschiedenen Regierungen habe ich mich hier vor einem Jahre eingehend geäußert, und ich habe nicht den Eindruck, daß mein Rechtsstandpunkt im großen und ganzen irgendwie widerlegt worden ist. Ich kann an meinen damaligen Ausführungen also kaum etwas ändern.

Ebenso will ich nicht eingehen auf die Frage des Arbeiterrechtes, die ich ebenfalls im vergangenen Jahre und die diesmal auch der Reichsanwalt bei der ersten Lesung des Staats besprochen hat. Ich halte es nicht für zweckmäßig, die Ausführungen des Reichsanwalts heute nochmals aufzunehmen, und will nur auf eine andere Frage eingehen, die mit dem Koalitionsrecht zusammenhängt und die der Abg. Doermann erörtert hat. Er fragte, wie weit wir mit der gesetzlichen Regelung des Rechtes der Tarifverträge wären. Ich wiederhole, daß wir hierfür noch eine feste Grundlage nicht haben, daß die Berufsvereine eine eigentliche Rechtsfähigkeit noch nicht haben. Eigentum nicht erwerben und nicht veräußert werden können auf die Erfüllung der Verträge. Sie können in keiner Weise haftbar gemacht werden. Darin liegt gerade die Schwierigkeit, um in die Tarifverträge im Wege der Gesetzgebung einzugreifen. Wir müßten erst eine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine schaffen; das heißt aber eine Einigung unserer Regierung

und Parlament voraus. Es müßte einerseits den Berufsvereinen das Recht von Freiheit gelassen werden, das sie zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und tarifgewerkschaftlichen, zur Einhaltung und Sicherstellung der von ihnen eingegangenen Verträge, und andererseits dem Staate die Möglichkeit gegeben werden, einen Mißbrauch ihrer großen wirtschaftlichen und moralischen Kräfte zum Schaden der Gesamtheit und des einzelnen zu verhindern.

Ob dieses Ziel in absehbarer Zeit erreicht werden kann, erscheint mir nach den Erfahrungen und nach den Verhandlungen in diesem Hause in hohem Maße zweifelhaft. Für meine Person betone ich aber ausdrücklich, daß wir versuchen müssen, das Problem einer Lösung entgegenzuführen. Uebrigens beschäftigt es alle Kulturstaaten der Welt, aber noch keinem, so verschieden auch die gesetzgeberischen Maßnahmen waren, ist die Lösung gelungen, weder Australien, noch England oder Frankreich. Aus diesen Erwägungen heraus habe ich die Frage eingehend wissenschaftlich studieren lassen, welche Erfahrungen und welche historische Entwicklung dort und bei uns vorliegen. Die Rechtsprechung hat übrigens zu den einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Teil einen anderen Weg eingeschlagen, als man bisher im allgemeinen angenommen hat. Wenn die Denkschrift darüber vorliegt, werden wir vielleicht in der Lage sein, auf das Problem des Koalitionsrechts soweit es sich um das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber handelt, in diesem Hause näher einzugehen.

Im unmittelbaren Zusammenhange mit der Frage der Tarifverträge steht eine andere, die allerdings in den diesjährigen Staatsverhandlungen noch nicht geteilt, dagegen in der Presse eingehend erörtert worden ist: die Frage eines Reichsarbeitsamtes. Sie hängt aber ab von der Frage: Wie ist das Recht der Berufsvereine zu stellen? Das Reichsarbeitsamt hätte nur dann einen wirklichen Zweck, wenn wir einen Verhandlungszwang hätten und die Möglichkeit, die Entscheidungen zu vollziehen. Da wir diese Möglichkeit nicht haben — und ich bin immer mehr in dieser Auffassung gefestigt worden —, ist es zweckmäßig, den jetzigen Zustand beizubehalten, nämlich als es unter Mitwirkung von Behörden des Reiches, des Staates oder anderer, die Beteiligten zu einem präliminären Schiedsgericht zu bringen. Denn die Zuständigkeit einer durch Gesetz nicht vollstreckbaren Entscheidung hängt ab von dem Vertrauen, das beide Teile dem Schiedsgericht entgegenbringen. Dieses Vertrauen wird in der Mehrzahl der Fälle nur dann vorhanden sein, wenn sich beide Teile für den Streitfall über die Richter geeinigt haben. Wir werden es daher bei dem bisherigen Zustand belassen und überall solche Schiedsgerichte fördern, wie wir es bisher getan haben.

Aus den Erfahrungen ersehen sich einige Erscheinungen, die implizit zu nennen sind. Es scheint gelungen, hier im Wege der Verträge von Organisation zu Organisation eine Aufgabe zu lösen, bei der die Gesetzgebung bisher verlagert hat und wahrscheinlich auch bisher verlagern möchte. Charakteristisch war, daß bei dem Abkommen gewisse Streitfälle in die Hand des Vorstehenden gelegt wurden, und daß der Zentralausschuß gleichzeitig die Aufgabe erhielt, wenn bestehende Abkommen aus irgend einem Grunde gesündigt wurden, alsbald die Vorarbeiten für die Verhellung eines neuen Abkommens zu treffen. Das hat sich auch bei der Beilegung des Streites der Kerze und Krantenläden bewährt. (Lebhafter Beifall.) Die ganze Neuerung ist ein interessantes Experiment auf dem Gebiete der Rämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überhaupt. Ich betone nochmals, die Organisation macht nicht nur bei den Beziehungen zwischen gewerblichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern.

Für unsere Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete haben sich neue Wege geöffnet, dabei sind auch neue Ziele emporgewachsen, die zu verfolgen und zu lösen unsere selbstverständliche Pflicht ist. Es ist aber ebenso unsere selbstverständliche Pflicht, sowohl des Reichstages als auch der Regierung, sich nicht zu weit treiben zu lassen. Das bedeutet nicht einen Abbau unserer Sozialpolitik. Im Gegenteil, ich glaube mich mit diesem ganzen Hause darin einig, daß eine gebildete, gesellschaftlich und wirtschaftlich gut entwickelte Arbeiterkraft eine der Säulen ist, auf der unsere Industrie und unser nationaler Wohlstand ruht. (Beifall.) Ich bin mir vollkommen klar, daß nur auf dieser Grundlage die Pflege der Mitteln und bauerländlichen Ideale befruchtet werden kann, die ein Volk befehlen müssen, wenn das Ganze nicht Schaden nehmen soll. (Beifall.) Eine verbindliche Sozialpolitik — ich betone verbindliche — ist nach meiner Auffassung eine der Hauptquellen für das Deutsche Reich. (Beifall.)

Unter einer verbindlichen Sozialpolitik verstehe ich eine solche, die nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber das Seine gibt, die ihm das Recht von wirtschaftlicher und moralischer Selbstbestimmung gibt, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die unsere Industrie bisher erfüllt hat und in Zukunft in noch höherem Maße erfüllen muß, um ihre stolze Stellung in der Welt zu behaupten. (Beifall.) Eine verbindliche Sozialpolitik muß in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben. (Beifall.) Der Umfang der Beteiligung auf sozialpolitischem Gebiet muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. (Beifall.) (Zuruf bei den Soz.: Phrasen!) Das sind keine Phrasen. Sie werden mir doch ausgehen, daß jemand auch anderer Meinung sein kann als Sie. (Heißer Widerspruch rechts.) Und daß es Pflicht der Regierung ist, die Dinge anders zu beurteilen als Sie (großer Beifall rechts), da die Regierung nicht die Interessen einer einzelnen Partei, sondern die Interessen der Gesamtheit wahrnimmt. (Lebhafter Beifall, Zuruf bei den Soz.: Anrecht der Unternehmern!)

Ob Sie mich Anrecht der Unternehmern oder sonstwie nennen, ist mir ganz gleichgültig; es wird mich nicht hindern, das zu tun, was ich für richtig halte. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Ich nun unsere Sozialpolitik eine große Last für den Unternehmer gewesen? Zweifellos hat sie dem Arbeiter große wirtschaftliche Erfolge gebracht. Man darf sich für die Frage des Erfolgs unserer Wirtschaftspolitik nicht aufkommen an das wirtschaftliche Ergebnis eines einzelnen Jahres. Ich bitte Sie aber, einmal die Jahre zu betrachten, die mit dem Jahr 1870 von 1870 anreicht. 1890 betrug unsere Einfuhr 2,8 Milliarden Mark, im Jahre 1912 aber 10,6 Milliarden Mark; die Ausfuhr belief sich 1890 auf 2,2 Milliarden, im Jahre 1912 auf 8,9 Milliarden. Wenn die Schätzung richtig ist, so wird für 1913 die Ausfuhr auf 10,7 und die Einfuhr auf 10,1 Milliarden angewachsen sein. Dieses Ergebnis interessiert nicht nur durch die Höhe der Zahlen, sondern auch durch das sehr günstige Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr und durch die gute Gestaltung der Handelsbilanz.

Bedeutend ist ein Vergleich zwischen Deutschland und unseren größten Kontrahenten Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Vergleich zeigt, daß Deutschland in seinem Gesamtumsatz nach 1911 mit Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf einer Stufe standen hat und daß es von Großbritannien um rund 75 Proz. übertraffen wurde. Heute hat Deutschland die beiden ersten Länder weit überflügelt und ist dem britischen Gesamtumsatz nahegerückt. Der britische Gesamtumsatz übertraf 1912 den französischen um 62 Prozent, den amerikanischen um 44 Prozent und den deutschen nur um 16 Prozent. (Großer Beifall.) Dieser doch gewiß gewaltigen Entwicklung unserer Außenhandels entspricht auch die Entwicklung des inneren Marktes. Ein Bild für diese innere Entwicklung ist die Steigerung der landlichen Produktion, der heim- und bürgerlichen Produktion und die ungeheure Zunahme auf dem Gebiete des Verkehrslebens.

Es wurden in Deutschland geerntet 1880 an Weizen 2,4 Millionen Tonnen, 1912 4,4 Millionen, an Roggen 1880 5 Millionen, 1912 11,6 Millionen, an Hafer 1880 4,2 Millionen, 1912 8,5 Millionen, an Gerste 1880 2,1 Millionen, 1912 2,3 Millionen, an Kartoffeln 1880 19,5 Mio., 1912 50,2 Mio. (Hörl) 1880 wurden an Pferden gezüchtet 1,5 Millionen Stück, 1912 4,5 Millionen Stück, an Rindvieh 17,6 Millionen und 20,2 Millionen Stück, an Schweinen 12,2 und 21,9 Millionen Stück. An Getreide wurden geerntet 1881 73,7 Millionen Tonnen und 1912 174,9 Millionen Tonnen, an Braunkohle 20,5 und 50,9 Millionen Tonnen, an Steinkohle 1,4 und 11,2 Millionen, an Eisenerz 10,7 und 27,2 Millionen Tonnen. Die Hüttenproduktion betrug 1891 4,6 Millionen Tonnen, 1912 17,9 Millionen und 1913 19,3 Millionen. Der Güterverkehr hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre verdreifacht, 1891 betrug die Kilometerzahl 34 Milliarden, 1911 über 71 Milliarden. Das alles sind schlagende Beweise für die glänzende wirtschaftliche Entwicklung.

Nun entsteht die Frage: In welchem Umfange sind die Arbeiter, diejenige Klasse, die man nicht zu den Kapitalisten rechnet, an diesem wohl kaum bestreitbaren Aufschwung beteiligt?

Dafür einige Beispiele aus der Einkommens- und Einkommensteuer in Preußen. Das zu den direkten Steuern in Preußen veranlagte Einkommen über 900 M. betrug 1892 5704 Millionen, 1902 8560 Millionen und 1912 15 240 Millionen. (Hörl) 1891) Es ergibt sich, daß dieses große Kapitalvermögen sich keineswegs nur in den Geldbörsen der reichen Leute angammelt hat, sondern daß die Gesamtbevölkerung, bis in die Kreise des Handarbeiters hinein, an dieser Einkommensvermehrung beteiligt ist, denn die Grenze von 900 M. Einkommen wird jetzt bekanntlich von dem Einkommen eines großen Teils unserer Arbeiterschaft längst überschritten. (Sehr richtig und laßt den Geg. zur. Das ist ja alles nur relative Zahlen!) Was ist es nun ab, die können sich doch als gründlichen Menschen. (Heiterkeit.) Das Einkommen ist in 20 Jahren um 167 Proz. gewachsen, während die Bevölkerung nur um 34 Proz. gewachsen ist. (Hörl) Die Sparfahne, die also das Vermögen des kleinen Mannes aus dem Mittelstand vertrieben, sind im Durchschnitt gestiegen von 594 M. im Jahre 1892 auf 882 M. im Jahre 1911.

Die Veranlagung zur Vermögenssteuer in Preußen ergab 1895 ein Gesamtergebnis von 63 857 Millionen Mark, im Jahre 1913 104 067 Millionen Mark. Ich danke Ihnen, daß Sie diese Zahlen so geistig angeordnet haben. (Heiterkeit.) Als wir im Herbst 1911 die Bilanz unserer finanziellen Kriegsbereitschaft aufnahmen, da haben wir eine gewisse Sorge gehabt, ob wir den damals befürchtenden Stand würden durchhalten können, wenn die Krise längere Zeit dauert. Die Krise hat sechs Monate gedauert und ist dann durch die Währungsreform abgeklungen. Und trotzdem ist unsere finanzielle Bereitschaft am Schlusse dieser zwölftägigen Jahre schwerer internationaler Kassen Kasse als sie zu Anfang war. (Lebhafter Beifall rechts.) Das ist ein schlagendes Beweise für die gute Situation unserer gesamten Volkswirtschaft. Natürlich hat das Streben der Reichsbank nach Konzentration des Geldes in ihren Tresoren auch nachteilige Folgen gehabt, aber gegenüber dem oben erwähnten Erfolg müssen solche unerwünschten Nebenwirkungen mit in Kauf genommen werden. Der Mangel an Umlaufmitteln, der sich teilweise gezeigt hat, hängt zum großen Teil auch damit zusammen, daß viele Kapitalisten ihr Geld aus dem Verkehr genommen und zum Teil ins Ausland geschafft haben, von wo sie wohl auch nicht zurückzukehren werden. Trotzdem können wir mit einer wesentlichen Erleichterung des Geldmarktes rechnen, die hoffentlich anhalten wird.

Meine Ziffern beweisen klar, daß trotz der steigenden Lebensmittelpreise auch der kleine Mann in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren in steigendem Maße in der Lage war, sein Vermögen zu vermehren. Die Arbeitslöhne der bei der preussischen Eisenbahngesellschaft beschäftigten Arbeiter sind um mehr als 50 Proz. innerhalb der letzten zwanzig Jahre gestiegen. (Hörl) 1891) Die Statistik der Löhne im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ergibt, daß bereits 1906 in sämtlichen Revieren die preussische Steuerveranlagungsgrenze von 900 M. überschritten war. Auch im Baugewerbe zeigt sich eine erhebliche Steigerung der Löhne, und nicht an letzter Stelle stehen die Buchbinder. Selbst die gewerkschaftliche Holzarbeiterzeitung schrieb am 2. August 1913: Der Fortschritt geht freilich nicht von heute auf morgen. Zeitweise tritt sogar ein Rückschlag ein, wenn infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik (Sehr richtig links) die Lebensmittel so emporklimmen, wie in den letzten Jahren; aber die Bedingung der Lebenshaltung ist doch unverkennbar. (Hörl) 1891) und lebhafter Beifall rechts.)

So urteilt ein gewerkschaftliches Blatt, das ja den Herren Sozialdemokraten sehr nahe steht. Eine im Auftrage der englischen Union of Trade Unions erstellte Enquete behauptet die für uns interessante Tatsache, daß auch im Ausland eine Steigerung der Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse eingetreten ist, die unserer Preissteigerung nicht nachsteht. Das ist besonders bemerkenswert, da ja England ein Freihandelsland ist, die Preissteigerung also nicht auf die Schutzpolitik zurückgeführt werden kann. Aber selbst wenn die Preise in England weniger gestiegen wären als bei uns, so wäre das doch nicht eine Folge unserer Schutzpolitik. Denn die englischen Arbeiter sind in ihrer Lebenshaltung uns um Menschenalter voraus. Wir haben in den letzten 20 Jahren mit einer rapiden Expansion und auf die Höhe der englischen Lebenshaltung zu bringen gesucht und das hatte eine folgerichtige Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hervorgerufen, die naturgemäß durchweg preissteigernd wirken mußte. Die Statistik widerlegt auch die Behauptung, daß der vorübergehende Rückgang unserer Fleischproduktion die Ursache eines verfallenen Ackerbaues sei.

Das Mehr an Erträgen des Ackerbaues ist nicht zurückzuführen auf eine Vernachlässigung des Ackerbaues von Futtermitteln, sondern auf die bessere Ausnutzung leichter Bodens durch künstliche Düngemittel. (Sehr richtig rechts.) Es ist behauptet worden, daß unsere Wirtschaftspolitik eine Vernachlässigung des Futtermittelbaues und damit eine Verringerung der Viehproduktion herbeigeführt hat. Diese Behauptung stützt sich auf falsche Voraussetzungen. Die Viehzählung von 1907 ist erfolgt nach einer reichen Ernte von Futtermitteln, die Zählung von 1912 nach einer schweren Missernte und nach einer verheerenden Viehseuche. Daraus erklärt sich der Rückgang des Viehbestandes zwischen beiden Zählungen. (Sehr richtig rechts u. l. Zentr.) Von 1912—1913 ist schon wieder eine Steigerung des Viehbestandes zu verzeichnen, bei Rindvieh von 3,5 Prozent, bei Schweinen von 16,7 Prozent (Hörl) 1891) und bei Ziegen von 8,7 Prozent. Weiter hat man behauptet, durch die Einfuhrschneise würde einseitig die Ausfuhr von Roggen gefördert. Aber das Schlimme der Einfuhrschneise ermöglicht es den Produzenten, ihr Getreide dort anzubieten, wo sie es am besten verkaufen können. Das ist wirtschaftlich vollkommen einwandfrei und eine Konsequenz wirtschaftlich-geographischer Verhältnisse.

Die Einfuhrschneise sind keine Ausfuhrprämien, sondern geben lediglich die Möglichkeit, Getreide zum Weltmarktpreise möglichst schnell abzugeben. (Witze links, Zustimmung rechts.) Die Ausfuhr deutschen Roggens wird nicht durch Einfuhr ausländischen Roggens, sondern von Weizen. Der Verbrauch von Weizen ist gestiegen, und daraus ergibt sich die Möglichkeit, Roggen auszuführen. In großen Teilen Deutschlands muß Roggen gebaut werden; Weizenanbau ist dort nicht möglich. Unsere Wirtschaftspolitik hat im ganzen gewollt, große Fortschritte in Deutschland geschaffen. Sie hat uns seit 30 Jahren ermöglicht, die Sozialpolitik, wie wir es getan haben, durchzuführen. Wir haben bemerkt, daß es kein Interesse daran, an den Grundlagen unserer bewährten Politik und Wirtschaftspolitik zu rütteln. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Regierung tritt nicht nur vor die Ansicht, daß unser bisheriger Politik im allgemeinen genügt, daß er aber auch nicht erlassen werden muß, und daß die Richtung unserer Wirtschaftspolitik im wesentlichen dieselbe bleiben muß. (Beifall.) Insbesondere muß der Landwirtschaft der Politik noch wie vor erhalten bleiben. (Beifall.)

Bei der schnellen Entwicklung der Volkswirtschaft mag unsere

Politik in manchen Punkten nicht mehr genügen. Andererseits sind auch Anforderungen an Herabsetzung der Zölle laut geworden, der Zolltarif sei abzumildern und die Handelsverträge einzuführen. Auch ist der Reichsverwaltung nicht unbekannt, daß einzelne Unternehmen einen Ausbruch erwünscht erscheinen lassen, und daß die Entwicklung der Technik eine Reihe Ergänzungen im Zolltarifschemata nötig macht. Es handelt sich dabei überaus um Einzelheiten, im großen und ganzen aber entspricht der gegenwärtige Zustand durchaus den Wünschen der deutschen Volkswirtschaft. Das Ziel muß sein, die bisherige Wirtschaftspolitik auf gesicherter Bahn fortzuführen. Soweit sich jetzt übersehen läßt, wird für uns keine Veranlassung vorliegen, durch Kündigung der Tarifverträge von 1906 den Anstoß zur Neuordnung der Handelsbeziehungen zu geben. Es besteht daher keinerlei Absicht, dem Reichstag eine Revolte zum Zolltarif vorzulegen.

Wenn die Vertragsstaaten sich mit uns einigen wollten, so würde der bestehende Zustand allen Verhandlungen zugrunde liegen. Wird von ihrer Seite das Vertragsverhältnis gekündigt oder ihrerseits Tarifänderungen vorgenommen, dann werden die verbündeten Regierungen nicht zögern, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Interessen Deutschlands zu verteidigen und Angriffe auf den derzeitigen handelspolitischen Bestand abzuwehren durch Verbesserungen in den bestehenden Tarifen, die als notwendig anerkannt sind. Die beteiligten Regierungen sind bereits seit längerer Zeit damit befaßt, die in Betracht kommenden Verhältnisse zu würdigen, das vorliegende Material und die Anregungen der gewerblichen Stände eingehend zu prüfen. Dieses Material zu ergänzen und auf dem Laufenen zu erhalten, wird Ihre Sorge sein, damit unsere Verwaltung im Verfolg unserer bisherigen Gesinnungen auch weiter ins Auge faßt. Die einschlägigen Fragen rechtzeitig zu prüfen und rechtzeitig Vorzüge zu treffen. Ich wiederhole nochmals, unsere Wirtschaftspolitik entspricht ganz unserer Sozialpolitik, beide stehen im engen Zusammenhang. Beide in dieser Beziehung zueinandergehalten und weiterzuführen, das wird unsere Aufgabe sein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Chrysant (Zentr.):

Die Sozialpolitik muß mehr Rücksicht nehmen auf die Interessen des Mittelstandes. Die Offenheit, mit der die Sozialdemokratie dem gewerblichen Mittelstand die Forderung der Herabsetzung der Zölle hat, ist dankenswert. Mein Name des Mittelstandes darf einem Sozialdemokraten eine Stimme geben. (Sehr richtig!) Staat und Gemeinde müssen vor allem dem Mittelstand ihre Aufgabe zukommen lassen. Große Mängel bestehen noch bei den Subventionen. Das Prinzip des angemessenen Preises muß mehr zur Geltung kommen. Die vom deutschen Banker- und Gewerbestand errichtete Zentralbankstelle für die Verbindungsmittel bedarf der Förderung, ebenso die deutsche Handelskassensammlung in Dresden im Jahre 1913. Wir bitten auch um kräftige Unterstützung des gewerblichen Genossenschaftswesens. Die Hebung des Hypothekensystems ist notwendig. Die Landesversicherungsanstalten leisten mehr Tatkraft. Mit Recht beklagt sich der Mittelstand über den heimlichen Warenhandel. In einer Fabrik wurden 1000 Gegenstände umgekehrt. Das ist doch kein Gelegenheitsgeschäft mehr. Ebenso unheimlich werden die Verhältnisse der Beamtenvereine empfunden. Das Jugabewesen ist eine bedenkliche Lasterlei geworden.

Die Frage des Vornamensrechts muß endlich geregelt werden. Der selbständige Mittelstand verliert sich nicht nur auf Staatshilfe. Er hat den Weg der Selbsthilfe beschritten, verlangt aber von der Regierung wohlwollende Förderung. (Beifall.)

Ministerialdirektor Casper

teilt mit, daß auch vom Reich eine Verordnung gegen den heimlichen Warenhandel der Beamten erlassen ist. Den Behörden ist es insbesondere unterzogen worden, Räume usw. dafür zur Verfügung zu stellen.

Geheimrat Pöhl

erklärt, daß er über die Handwerkerzukunft in Dresden im Plenum erst Auskunft geben möchte, nachdem die Frage in der Budgetkommission besprochen sein wird.

Abg. Böhm (Bauernbund):

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir von der ersten Entwicklung der deutschen Viehzucht gehört. Der Glaube an die Entwicklung der deutschen Viehzucht hat nicht getrogen. Der Höhepunkt vor 1911 ist bereits überschritten worden. Damit ist die Behauptung widerlegt, daß der Rückgang des Getreidebaues die Entwicklung der Viehzucht gehindert habe. Die Getreidepreise waren wohl höher als in den 90er Jahren, aber übermäßig sind sie auch heute nicht. Auch weite Kreise des Bauernstandes haben ihren Vorteil daran. Unsere Wirtschaftspolitik hat hinsichtlich unserer Abhängigkeit vom Ausland einen Stillstand herbeigeführt. Die Futtermittelzölle, die wir betreiben, haben die Entwicklung nicht behindert. Wenn der Roll auf Futtermittel aufgehoben werden soll, so muß auch die Lücke wieder gefüllt werden, die dadurch in unsere Finanzen gerissen wird. Außerdem ist zu bedenken, daß bestimmte arme Gebirgsregionen kaum etwas anderes bauen können als Futtermittel.

Auch an eine Aufhebung des Hafenzolles können wir nicht denken. Der Hafenbau liegt innerhalb der bürgerlichen Betriebe vor, deshalb ist der Hafenzoll ein Schutz der bürgerlichen Produktion. Beim Landwirtschaftszoll steht uns die Viehzucht an erster Stelle. Deshalb können wir die Grenzen gegen das Ausland nicht öffnen. Die Rolle der Landwirtschaft ist mehr am Schweinepreis, als am Getreidepreis interessiert. In Russland sind Drohungen laut geworden, um uns zum Rückgeben in handelspolitische Beziehung zu bringen. Die Einfuhrschneise sollten den heimischen Produzenten einen gerechten Stellen. Die Entwicklung hat zu einem etwas anderen Gang genommen, als angenommen worden war, aber die Abschaffung der Einfuhrschneise würde die Landwirtschaft schwer schädigen. Die Produktion des Roggens hat stark zugenommen, der Verbrauch dagegen nicht. Außerdem produzieren gerade die mittleren und kleinen Bauern vorzugsweise Roggen.

Die Schwierigkeiten, die durch die Zurückführung der russischen Arbeiter entstehen könnten, müssen überwunden werden durch eine energische innere Kolonisation. Wir haben nicht das Vertrauen zum Staat zu setzen, daß er sie in wünschenswerter Weise durchführt. Er steht zu sehr unter dem Druck der Agrarkonservativen, die der Verwaltung ihren Willen diktieren. Regierungspräsident v. Schwerin hat anerkannt, daß die konervative Methode Erfolg nicht haben kann. Für die Arbeiterangelegenheiten, die von jener Seite in den Vordergrund gestellt wird, sind keine Leute zu bekommen. Die Arbeiterangelegenheiten soll die wirtschaftliche, innere, die innerkolonisation lösen. (Sehr richtig links.) An den russischen Saisonarbeitern hat nicht der Bauernstand, sondern nur der Großgrundbesitz Interesse. Die Konservativen baulen an ihrer Seite Männer wie Odenburg-Januschew, die die schärfsten Gegner der inneren Kolonisation sind. Vom Reich aus muß sie in die Hand genommen werden. Das ist eine der größten Zukunftsaufgaben des Reichstags des Innern.

Auch ein vernünftiges Fiskalpolitik wird Preußen gegen diesen starken Widerstand nicht schaffen können. Dazu gehört ein Parlament, das auf dem Volkswillen beruht. Das Ideal des Landarbeiters ist nicht das Sozialrecht, sondern der Besitz einer eigenen Scholle. Eine gesunde Sozialpolitik muß an unserer jetzigen Wirtschaftspolitik festhalten. (Beifall.)

Mittwoch 1. Abg. Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Universitätsstudium in Deutschland im Winter 1913/14.

Die Zahl der an den Universitäten des Reichs eingeschriebenen Studierenden, die seit 1896 so gewaltig wächst, daß seitdem eine Verdoppelung eintrat, ist auch in diesem Winter weiter in die Höhe gegangen und beläuft sich nun auf 59 600. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Steigerung 679 und im Vergleich mit dem Wintersemester 1893/94 mit 27 000 Studierenden rund 120 Proz.

Während der letzten 10 Jahre ist die Steigerung so groß, wie der Gesamtbesuch der deutschen Universitäten vor 15 Jahren. Die letzte Jahreszunahme ist etwas geringer als die der Vorjahre, so daß anzunehmen ist, daß der Höhepunkt des Aufwandes überschritten ist, was bei der Überfüllung vieler gelehrten Berufe jetzt allgemein als wünschenswert bezeichnet wird. Zählt man der Studienanfänger noch die sog. „Hörer“ dieses Semesters hinzu, nämlich 3762 Männer und 1455 Frauen, so ergibt sich, daß zurzeit 64 822 Personen an deutschen Universitäten unterrichtet teilnehmen. Von den Studierenden sind 55 914 männlichen und 3686 weiblichen Geschlechts gegen 55 708 und 3213 im Vorjahre.

Was die neueste Entwicklung des Besuchs der einzelnen Fakultäten bezug. Studienfächer betrifft, so ist die jüngste Zunahme zu einem wesentlichen Teil auf einen Studiengang zurückzuführen, bei dem wirklich ein Bedürfnis nach einem Zusatz weiterer Kräfte besteht, nämlich der evangelischen Theologie, der sich jetzt 3903 Studierende widmen gegen 3386 im Vorjahre; aber überwiegend entfällt der Zuwachs auf das Medizinstudium, dem die akademische Jugend nun schon einige Jahre in einem Maße zufließt, daß jetzt ein Stillstand dringend wünschenswert erscheint. Die medizinischen Fakultäten zählen heute 15 008 Studierende gegen 14 002 im Vorjahre und erst 8200 vor fünf Jahren. Die nächstgrößte absolute Zunahme weisen die Rechtswissenschaften und Landwirte auf, die gegenüber dem Vorjahre ihre Zahl von 3295 auf 3761 erhöhten; die Zahnärzte stiegen von 607 auf 767, die katholischen Theologen von 1787 auf 1939, die Veterinärmediziner (nur in Gießen) von 203 auf 205 und die Forstwirte (nur in München, Tübingen und Gießen) von 162 auf 195. Zurückgegangen, wie schon in den letzten Semestern, sind infolge der Erhöhung der Anforderungen an Vorbildung und Studienzeiten durch die neue Prüfungsordnung und der schlechten Berufsaussichten die Pharmazeuten, nämlich von 1047 auf 1017, ferner infolge der Überfüllung nach jahrelangem Aufschwung die Juristen von 10 569 auf 9941, die Philosophen von 15 854 auf 14 864 und endlich die Mathematiker und Naturwissenschaftler von 8160 auf 7956.

Von Interesse ist noch die Feststellung, wie sich die deutsche akademische Jugend auf die einzelnen Universitäten verteilt und welche Veränderungen neuestens hierin eingetreten sind. An den 10 preussischen Universitäten sind 31 335 Studierende eingeschrieben, an den 3 bayerischen befinden sich 9558, an den 2 badischen 4981 und an den übrigen 10 einseitigen 13 627.

Innerhalb der preussischen Universitäten sind 52,9 v. H. auf 52,5 v. H. zurückgegangen, während Bayerns Anteil von 16,0 auf 16,2 v. H. stieg, derjenige Badens gleich blieb und die übrigen Universitäten mit 22,8 gegen 22,7 v. H. beteiligt sind.

Die Besuchsziffern der einzelnen Universitäten zeigen, daß insbesondere die Hochschulen der drei Großstädte Berlin, München und Leipzig immer mehr zu Großbetrieben sich entwickeln. An ihnen befinden sich allein 21 923 Studierende, mehr als ein Drittel der Gesamtzahl oder soviel wie an den 12 kleinen und mittleren Schwesteranstalten zusammen. Berlin zieht mit 9593 jetzt nahe an Jena heran, München zählt 8802 und Leipzig 5532. Ihr Besuch hat sich seit 1895 etwa verdoppelt. Es folgen dann Bonn mit 4270, Halle mit 2910, Göttingen 2815, Braunschweig 2791, Freiburg 2572, Heidelberg 2409, Münster 2123, Marburg 2168, Straßburg 2092, Tübingen 1887, Jena 1862, Kiel 1847, Bonnberg 1568, Würzburg 1515, Erlangen 1341, Gießen 1340, Greifswald 1250 und Rostock 914. Im Vergleich mit dem Vorjahre haben abgenommen Berlin, Greifswald, Königsberg, Münster, Freiburg und Tübingen. In der Lokation nach der Besucherzahl folgte Breslau von der 6. auf die 7. Stelle, Münster von der 10. auf die 11. und Gießen von der 18. auf die 19. Göttingen stieg auf die 6. Stufe, Marburg errang die 10. und Erlangen die 18.

Gerihtsfaal

Erfahrung i. G. 20. Jan. Am 16. Februar kommt vor der Strafkammer des Landgerichts die vom Staatsanwalt erhobene Forderungsklage gegen den Redakteur Lucien Nink vom „Journal d'Alsace“ zur Verhandlung, die leinerzeit am 31. v. M. ausgesetzt worden war. In dem unter Klage stehenden Artikel war behauptet worden, die preussische Landesverwaltung benutze die Elsaß-Lotharinger als Kanonensutter.

Bandel

— Preussische Anle. — Die schon angekündigte Anleihe Preussens wird nach Mahande des im Ministerium abgedruckten Prospektes mit 350 Millionen Mark nunmehr zur Zeichnung ausgesetzt. Es handelt sich dabei aber nicht um Anleihen oder um Schatzanweisungen in der bisher üblichen Form, sondern um eine Art von Anleihe, nämlich um anstößbare Schatzanweisungen mit verhältnismäßig langer Laufzeit — ein neuer Typ, der an besten vielleicht Schatzanweisungen aufbehalten werden könnte. Während die bisherigen Schatzanweisungen schon nach etwa vier Jahren fällig wurden, steht der neue Typ ähnlich den Anleihen, die in Preußen langfristig amortisiert werden, eine 16jährige Laufzeit vor. Andererseits erfolgt, wie bei den Schatzanweisungen und im Gegensatz zu den Anleihen die Rückzahlung zum Nennwert. Eine Eigenart des neuen Typs ist die Serienabteilung und die Auslosung je einer Serie von Mark 25 Millionen in jedem Jahre. Hierdurch wird eine tüchtige Streichheit des Rates gewährleistet. Verlust wird der neue Typ mit nominal 100%. In Hinsicht auf den Ausgabebefehl von 97% und den Auslosungserfolg stellt sich die Durchmischungsverteilung tatsächlich aber auf fast 4%. Die Zeichnung findet bis zum 29. Januar statt. Wenn der Zeichnung der genehmigten Beträge sind genügende Aktien vorgelegt. Zudem nur wegen der Einzelheiten auf den Prospekt Bezug nehmen, bemerken wir noch, daß im Jahre 1913 die Schatzanweisungen zum Kurse von 99%, die Anleihen zum Kurse von 98,60 und 97,90 ausgesetzt wurden. Der Reichsbankdiskont, der sich bei den Anleiheverbindungen des Jahres 1913 auf 8% stellte, notiert zurzeit 5%, und zeigt überdies starke Neigung nach unten. Der Privatdiskont, der nur 3 1/2% beträgt, deutet auf Geldknappheit. Es soll uns scheinen, daß in ein neues Typ mit seiner Verzinsung und seinen sonstigen Chancen etwas recht Annehmendes geboten wird.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Jan.	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Prozent der Hölz. Formhöhe	Wetter
1914								
20	27	745,9	-5,4	2,3	74	ENE	2	5
20	17	747,7	-6,6	2,2	19	NE	2	10
1.	7	747,9	-6,9	2,3	84	NE	2	9

Höchste Temperatur am 19. bis 20. Januar 1914 = - 1,0° C.
Niedrigste „ „ „ 19 „ 20. „ 1914 = - 7,3°
Niederschlag: 0,0 mm.

Ein lecker Frühstück mit TÜRK & PABST'S FRANKFURT-MAIN

Sardellen-Butter

Verlangen Sie gratis u. franco TÜRK & PABST'S Kochbuch!

Kuverts mit Firma liefert billigst die Größte Universitäts-Buch- und Stein-druckerei, Gießen, Schulstr. 7